

# Bericht aus Berlin

25. März 2022

*Liebe Freundinnen und Freunde,*

nach zum Glück absolut glimpflich überstandener Corona-Infektion melde ich mich in dieser Sitzungswoche wieder direkt aus Berlin. Hier stehen alle Beratungen ganz im Zeichen des ersten Entwurfs der neuen Regierung für den Bundeshaushalt 2022. Um es kurz und knapp zu sagen: Das Zahlenwerk, das die Ampel vorlegt, ist eigentlich bereits Makulatur. Auf den ersten Blick scheint dabei alles noch fast nach Plan zu laufen. Bei einem Gesamtvolumen von 457,6 Milliarden Euro bleibt die durch Corona ausgelöste Neuverschuldung knapp unter der von Finanzminister Christian Lindner angekündigten Marke von 100 Milliarden Euro. Alles gut also, die Rückkehr zur Schuldenbremse in Sicht? Mitnichten! In der vereinfachten Übersicht fehlen die 60 Milliarden, die aus nicht verwendeten Corona-Mitteln mal eben für den Klima- und Transformationsfond abgezweigt wurden. Es fehlen aber auch die 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die grundlegende Sanierung der Bundeswehr. Nicht zuletzt fehlt aber auch weitgehend, was durch den Krieg in der Ukraine auf uns zukommt, angefangen von direkter Unterstützung für das Land über die Unterbringung von Flüchtlingen bis zu Entlastungen für explodierende Energiepreise.

Zugegeben, dass eine Pandemie auf einen Krieg in Europa trifft, war nicht absehbar. Jede verantwortungsbewusste Regierung hätte angesichts dieser mehr als außergewöhnlichen Belastung ohne zu zögern eine zeitweilige Abkehr von der Schuldenbremse planen müssen. Wer würde glauben, dass eine unionsgeführte Regierung in dieser Situation so eisern wie erfolgreich zur „schwarzen Null“ der ausgeglichen Haushalte gestanden hätte? Niemand – und das völlig zu Recht.

Im Fall der Ampel rächt sich jetzt allerdings, dass bereits der Koalitionsvertrag ein Wunschkonzert von unterschiedlichsten Interessen und teuren Wählerbeglückungen war. Da treffen gewaltige Mehrausgaben für Klima und den sozialen Bereich auf kaum vorhandene Haushaltsdisziplin – und über allem schwebt das strikte Veto der FDP zu Steuererhöhungen. Das kann nicht funktionieren und es wird nicht funktionieren. Zumal es in fast allen Bereichen bereits wieder unterschiedliche Fliehkräfte

und Absatzbewegungen gibt. Die SPD hinterfragt intern längst das so dringend notwendige Sondervermögen für die Bundeswehr. Die grüne Basis fremdelt mit ihrem Minister Habeck, der bei autoritär regierenden Scheichs neue Lieferquellen für dringend benötigte fossile Brennstoffe erschließen will. Von der FDP kommen eigentlich kaum zielführend Vorschläge – Hauptsache alle Corona-Maßnahmen enden und die Steuern werden nicht erhöht.

Was fehlt, ist ein klarer Kurs, ein Setzen von Schwerpunkten und vor allem eine Aussage zur Finanzierbarkeit. Ehrlich wäre es zu sagen, wo gespart werden kann und muss. Ehrlich wäre es aber auch, die – leider schon zu Merkels Zeiten - vor uns her geschobenen Problembereiche des Haushaltes endlich in Angriff zu nehmen. Im aktuellen Entwurf erreicht die Zuführung an die Rentenkasse mit 107,7 Milliarden Euro einen neuen spektakulären Höchstwert. Das heißt, fast ein Viertel unseres gesamten Steueraufkommens fließt in die Stabilisierung der Renten – Tendenz steigend. Diese Zahlen verdeutlichen den Handlungsbedarf.

Wir brauchen grundlegende Reformen und eine gemeinsame Anstrengung, um als Staat finanziell handlungsfähig zu bleiben und in Zukunftsfelder investieren zu können.

Apropos weitere Milliarden, die aus dem Haushalt kommen - das Entlastungspaket der Ampel, das gestern vorgestellt wurde und auf das sicherlich viele Bürger und die Wirtschaft dringend gewartet haben, ist für mich eine Mogelpackung und ein Bürokratiemonster. Das verkündete Energiegeld für alle Einkommenssteuerpflichtigen in Höhe von 300 Euro klingt erst einmal gut. Aber - auf Drängen der SPD und der Grünen - soll die Auszahlung über die Lohnabrechnung des Arbeitgebers beziehungsweise des Dienstherrn erfolgen. Damit unterliegt es in jedem Fall der Einkommensteuer. Da das Energiegeld über den Arbeitgeber auf das Bruttogehalt mit ausgezahlt wird, werden darauf normalerweise auch Sozialabgaben fällig, die dann der Arbeitgeber zu zahlen hätte. Wie die Ampel-Regierung in diesen Zeiten unsere Unternehmen noch zusätzlich belasten kann, ist mir völlig schleierhaft.

Seite 1



## Bericht aus Berlin

25. März 2022

Viele energieintensive mittelständische Unternehmen stehen angesichts hoher Energiepreise vor dem Aus. Diese werden in dem Paket ebenso wie Rentnerinnen und Rentner gar nicht berücksichtigt, obwohl sie genauso unter steigenden Energiepreisen leiden. Eine weitere Folge dieser Regelung wäre, dass auch Beschäftigte, die bisher keine Steuererklärung machen mussten, in eine Pflichtveranlagung rutschen. Alles in allem verursacht diese Regelung bei Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Selbstständigen viel zu viel Bürokratie und ist vor allem skandalös gegenüber den Rentnern in diesem Land.

Von der ebenfalls angekündigten dreimonatigen Kraftstoffpreissenkung, die sich aus der Senkung der Energiesteuer auf Sprit ergibt, profitieren zwar alle. Allein diese auf Sprit zu beschränken, reicht allerdings nicht aus. Die Union fordert hier seit Wochen eine Absenkung der Energiesteuer auf Gas, Erdöl und Strom. Geplant sind zudem ein 90 Tage ÖPNV-Ticket für 9 Euro pro Monat sowie ein Einmalbonus für jedes Kind ergänzend zum Kindergeld in Höhe von 100 Euro. Auch sollen Empfänger von Sozialleistungen eine zusätzliche Einmalzahlung in Höhe von 100 Euro erhalten. Alles in allem ist dieses Entlastungspaket der kleinste gemeinsame Nenner der Koalitionsparteien. Es besteht aus einem Sammelsurium einzelner Maßnahmen und lässt eine Gesamtstrategie mit Weitblick völlig vermissen.

Eine Haushaltswoche ist eine Haushaltwoche. Dass mit dem Gesetz zu Füllstandsvorgaben für Gasspeicher ausnahmsweise ein Thema abseits der Zahlen auf der Tagesordnung steht, zeigt die besondere Bedeutung des Vorhabens. Wie inzwischen auch die gesamte EU wollen wir Vorsorge tragen, nicht noch einmal ohne ausreichende Gasvorräte – und damit abhängig von Russland – in den Winter zu gehen.

Das bringt mich zu einem Thema, das kontrovers diskutiert wird und bei dem auch bei mir zwei Seelen in meiner Brust wohnen. Sollen wir alle Energielieferungen aus Russland mit einem kompletten Embargo belegen? Mein Herz sagt spontan „Ja“, wenn ich die Bilder vom Krieg und Leid in der Ukraine in den Nachrichten sehe. Mein

Kopf sagt mir allerdings etwas anderes: Noch ist unsere Wirtschaft, sind wir alle abhängig von Öl und Gas aus Russland. Ein Embargo würde uns selbst vermutlich stärker treffen als Putin. Mich erinnert die Situation an einen Boxer, der eine wilde Attacke startet und sich von einem taktisch versierten Gegner einen Konter einfängt, der ihn auf die Bretter schickt. Der Boxer war mutig – aber er hat den Kampf verloren. Wir erreichen mehr, wenn wir unsere Abhängigkeit von Russland gezielt reduzieren, die Importe Schritt für Schritt zurückfahren und Putin damit keine Vorlage für die nächste Eskalationsstufe liefern. Das wird nicht von heute auf morgen gehen, aber deutlich schneller als erwartet. Um auf mein Bild vom Boxkampf zurückzukommen: Auch wenn das Herz etwas anderes sagt, sollten wir selbst der kühl kalkulierende, taktisch versierte Gegner sein – und den Kampf gewinnen. Dafür braucht es jedoch ein deutliches MEHR an deutschen Waffenlieferungen in die Ukraine, sei es aus Bundeswehrbeständen oder aber indem der Bund diese direkt bei den Lieferanten der Bundeswehr einkauft. Immerhin ist Deutschland der viertgrößte Waffenlieferant der Welt, trotzdem liefert das kleine Dänemark mehr Waffen als wir. Nur wenn sich die Ukraine weiter verteidigen kann, besteht eine kleine Chance, Putin in Gesprächen zu einer diplomatischen Lösung zu bewegen.

In seinem Bericht an die Bundestagsfraktion, den ich Ihnen und Euch in der Anlage übersende, geht der Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz, MdB, auf folgende Themen ein:

- Ein mutiger ukrainischer Präsident, ein schweizer Bundeskanzler
- Haushalt zwingt in die Realität

*Dir/Euer*



Friedrich Merz MdB, Vorsitzender

## **Bericht des Vorsitzenden**

zur Sitzung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag  
am 21. März 2022

**20. WP/ 9**

### **I. Kernbotschaften der Woche**

#### **Ein mutiger ukrainischer Präsident, ein schweigender Bundeskanzler**

Die verbrecherischen Angriffe der russischen Armee auf die ukrainische Zivilbevölkerung werden immer brutaler. Präsident Selenskij hat in der vergangenen Woche einen eindringlichen Appell an uns alle im Deutschen Bundestag gerichtet. Wir müssen ihn hören und uns jeden Tag fragen: Tun wir genug, um den gerechten Freiheitskampf der Ukrainer zu unterstützen?

Für uns ist klar: Ein Kriegseintritt kommt nicht in Frage. Einschneidende Maßnahmen unterhalb dieser Schwelle sind umso erforderlicher. Die Bundesregierung laviert aber bei der Antwort weiter herum: Sie tut nicht genug. Zögerlich bei der Verschärfung der Sanktionen, zaudernd beim Streben nach weniger Energieimporten aus Russland, offenbar hinhaltend bei weiteren Waffenlieferungen. Der Bundeskanzler – von dem wir in diesen Tagen Führung erwarten – schweigt. Der Kontrast zum mutigen, führungsstarken Präsidenten Selenskij könnte nicht größer sein.

#### **Haushalt zwingt in die Realität**

Mangelnde Klarheit zeigt sich auch im Haushaltsentwurf. Wie unter dem Brennglas wird deutlich, was der Scholz-Regierung fehlt: Prioritätensetzung. Die Ampel hat einen Wohlfühlhaushalt geplant und in ihrem Koalitionsvertrag allen alles versprochen. Strukturelle Probleme werden nicht angegangen, sondern mit geliehenem Geld kaschiert.

Die erneute Krise trifft die Bundesregierung deshalb unvorbereitet. Sie könnte diese Zeitenwende zum Anlass für echte Aufgabenkritik nehmen. Sie könnte anerkennen, dass Generationengerechtigkeit nicht nur in der Klimafrage, sondern auch im Haushalt und in den Sozialsystemen die wichtigste Weichenstellung für die Zukunft ist. Dieser Haushalt lädt die Probleme der

Gegenwart bei zukünftigen Generationen ab. Das können wir nicht hinnehmen.

Die Ampel flüchtet sich in rekordverdächtige Neuverschuldung und einen vagen Ergänzungshaushalt. Das zeigt: Die Versprechen des Koalitionsvertrages sind erledigt. Die Zeit ist darüber hinweggegangen. Deutschland braucht jetzt einen neuen Regierungsplan. Der Bundeskanzler muss sagen, was wirklich wichtig ist.

## **II. Die Woche im Parlament**

Im Mittelpunkt der Plenarwoche steht das **Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)**, das wir in erster Lesung beraten.

Nach dem Entwurf soll der Bund im Jahr 2022 mit einer Neuverschuldung von 99,7 Mrd. Euro auskommen, ab 2023 soll die Normalregelung der Schuldenbremse wieder eingehalten werden. Aber schon auf den ersten Blick ist klar: Diese Annahmen sind auf Sand gebaut. Erhebliche Kürzungen bei Zins- sowie Gewährleistungsausgaben und Arbeitsmarktausgaben, die Auflösung von Vorsorgen bzw. der allgemeinen Rücklage und zusätzliche Steuereinnahmen werden bemüht, um die Zahlen-Fassade aufrecht zu erhalten.

Bemerkenswert ist außerdem: Der Bundesfinanzminister hat bereits einen Ergänzungshaushalt mit weiteren Schulden angekündigt. Darüber hinaus stehen noch die Beratungen über die Einrichtung eines kreditfinanzierten Bundeswehr-Sondervermögens mit einem Volumen zu 100 Mrd. Euro aus. Damit wird am Ende ein einheitlicher Bundeshaushalt 2022 stehen – mit einer Nettokreditaufnahme von deutlich mehr als 100 Mrd. Euro. Das belastet die parlamentarischen Beratungen. Wir erwarten endlich Vorschläge für klare Prioritätensetzungen und unvermeidliche Gegenfinanzierung. Alle Ausgaben müssen – wie von der Ampel angekündigt – auf den Prüfstand.

In zweiter und dritter Lesung befassen wir uns zudem abschließend mit dem **Gesetz zur Einführung von Füllstandsvorgaben für Gasspeicheranlagen**. Das Gesetz zielt darauf ab, unter Beachtung der aktuellen Lieferstrukturen und Lieferbeeinträchtigungen eine Unterversorgung des deutschen Marktes zu vermeiden. Um dies zu verhindern und um Preisspitzen ausgleichen zu können, sind bestimmte Speicherfüllstände erforderlich. Die in Deutschland tätigen Betreiber von Gasspeicheranlagen haben die Einhaltung der Füllstandsvorgaben zu gewährleisten und zu überwachen. Mit diesem Gesetz

greift die Ampel einen Vorschlag aus unserem Antrag „Explosion bei den Energiepreisen bekämpfen – Zeitnah wirksam und gerecht entlasten“ (BT-Drs. 20/725) auf.

### **III. Wichtige Termine und Ausblick**

#### **1. Inland:**

- 21. März: Auftakt Tarifgespräche Chemie/Pharma
- 25. März: Globaler Klimastreik von Fridays for Future
- 26. März: Landesparteitag CDU Rheinland-Pfalz
- 27. März: Landtagswahl im Saarland

#### **2. EU/Außen:**

- 21. März: Rat Außen-/Verteidigungsminister (Agenda: u.a. Annahme des Strategischen Kompass; Ukraine-Krieg)
- 21. März: Rat Landwirtschaft und Fischerei (Agenda: u.a. Versorgungssicherheit angesichts des Ukraine-Kriegs)
- 23. März: Geldpolitische Entscheidung der EZB
- 24. März: Nato-Sondergipfel (unter Teilnahme US-Präsident Biden)
- 24./25. März: Europäischer Rat (vorläufige Agenda: COVID-19, Sicherheit und Verteidigung, Europäisches Semester, Außenbeziehungen)